



AGENDA NDA 2025+

**Strukturelle Hemmnisse überwinden
und transformative Prozesse stärken**

Wissenschaftlicher Beirat
Der Mittelstand. BVMW e.V.

Liebe Leserinnen und Leser,

die Zukunft der Wirtschaft unseres Landes hängt maßgeblich von unserem gemeinsamen Engagement und unserer Fähigkeit ab, die strukturellen und transformativen Herausforderungen anzunehmen und in Chancen zu verwandeln. Die in diesem Text skizzierten Themen sind von entscheidender Bedeutung für unseren wirtschaftlichen Wohlstand und unsere globale Wettbewerbsfähigkeit.

Die deutsche Wirtschaft befindet sich in einer Rezession. Während andere Industrienationen wachsen, ist die deutsche Wirtschaft im Jahr 2023 um 0,3 Prozent geschrumpft. Auch das Geschäftsklima und die Erwartungen der Konsumenten verschlechtern sich weiter und spiegeln damit die düstere Stimmung in der deutschen Wirtschaft wider.

Entgegen der häufig kommunizierten konjunkturellen Probleme materialisieren sich zunehmend strukturelle Nachteile und Dilemmata, die wie ein Damoklesschwert seit langem über unserer Volkswirtschaft hängen. Der Außenhandel, der frühere Wachstumstreiber der deutschen Wirtschaft, geht zurück und schwächelt unter anderem auch wegen der anhaltend schwachen Weltwirtschaft. Zu guter Letzt setzen die immer noch hohen Energiepreise den Unternehmen zu und verschlechtern die Wettbewerbsfähigkeit des Standorts Deutschland. Gerade in Zeiten eines schwierigen makroökonomischen Umfeldes ist wichtig, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen verbessert werden.

Bei genau diesen Rahmenbedingungen ist Deutschland jedoch häufig das Schlusslicht im internationalen Vergleich. Beim Zukunftsthema Digitalisierung ist Deutschland im internationalen Vergleich eher hinteres Mittelfeld statt Spitzenreiter. Zudem bremsen weiterhin massive Bürokratiebelastungen, Überregulierung oder auch der Mangel an Fach- und Arbeitskräften die Wachstumsbemühungen des Mittelstandes.

Als Gesellschaft, Wirtschaftsakteure und politische Entscheidungsträger sind wir gemeinsam gefordert, innovative Lösungen zu finden und nachhaltige Strategien zu entwickeln, um die deutsche Wirtschaft zu stärken und zukunftsfähig zu machen. Die bewährte deutsche Tradition der Innovation und des Qualitätsbewusstseins bietet uns eine solide Basis, auf der wir aufbauen können.

Lassen Sie uns gemeinsam die Chancen nutzen, die diese Herausforderungen bieten, und unser Land nachhaltig in eine erfolgreichere Zukunft führen. Die Bewältigung dieser Aufgaben erfordert Zusammenarbeit, Entschlossenheit und den Glauben an unsere Fähigkeit, Herausforderungen zu meistern, genauso aber auch den Willen zur Leistung. Der Mittelstand steht bereit, eine tragende Rolle in diesem Prozess zu übernehmen. Die Agenda 2025+ skizziert einen wirtschaftspolitischen Rahmen für die deutsche Volkswirtschaft. Innerhalb dieses Rahmens können wir unsere Wirtschaft und Gesellschaft zukunfts- und wettbewerbsfähig gestalten.



Ich danke Ihnen für Ihre Unterstützung und Ihr Engagement und freue mich darauf, gemeinsam mit Ihnen an einer prosperierenden Zukunft für die deutsche Wirtschaft zu arbeiten.

Mit freundlichen Grüßen,

Ihr Senator a.D. Christoph Ahlhaus
Vorsitzender der Bundesgeschäftsführung des BVMW

AG NDA 2025+

Inhalt

Ökonomische Realitäten begreifen und politische Herausforderungen annehmen	4
Die Grundsätze einer strategischen Wirtschaftspolitik: „Agenda 2025+“	5
Standortpolitik für den Mittelstand im internationalen Wettbewerb gestalten	6
Arbeitskräfte- und Produktivitätspotenziale nutzen und ausweiten	7
Den globalen Wettbewerb um Technologieführerschaft annehmen, Innovationen fördern und Leitmärkte etablieren	8
Konsistente Energiewende für stabile Transformationspfade implementieren	9
Gesellschaftliches Klima für Innovation und Unternehmertum schaffen	10
Schlusswort	11

Ökonomische Realitäten begreifen und politische Herausforderungen annehmen

Die multiplen Krisen der letzten Jahre sind nicht spurlos an der deutschen Wirtschaft vorbeigezogen. Im Gegenteil: Sie haben eine Vielzahl struktureller Hemmnisse und transformativer Defizite offenbart. Will Deutschland in Zeiten großer Umbrüche seinen Wohlstand und seine Wettbewerbsfähigkeit nicht verlieren, muss unverzüglich gehandelt werden. Es gilt,

die ökonomischen Realitäten ungeschönt anzuerkennen und die politischen Herausforderungen konsequent anzunehmen. Stückwerk reicht nicht mehr. Die Grundlagen für Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit müssen erneuert werden, strukturelle Hemmnisse überwunden und transformative Defizite abgebaut werden.

STRUKTURELLE UND TRANSFORMATIVE HERAUSFORDERUNGEN:

Handel und Globalisierung

Die Veränderungen im globalen Handelsumfeld, einschließlich Handelsstreitigkeiten und Protektionismus, beeinträchtigen die deutschen Exportunternehmen. Die Diversifizierung von Handelspartnern und die Anpassung an veränderte Marktbedingungen sind notwendig. Gleichzeitig ist ein starker Rückgang der Gründungsquote ein Indiz für die abnehmende Attraktivität des deutschen Standorts für Unternehmertum.

Angebotsseitige Engpässe

Der Mangel an qualifizierten Fachkräften in bestimmten Branchen, insbesondere im Bereich der Informationstechnologie und Technik, ist eine ernsthafte Herausforderung. Deutschland muss in die Ausbildung und Qualifizierung von Arbeitskräften investieren, um diesem sich intensivierenden Mangel entgegenzuwirken. Die schwache Produktivitätsentwicklung und die Fragilität von Liefer- und Wertschöpfungsketten haben ebenfalls zu angebotsseitigen Engpässen geführt.

Digitalisierung

Die digitale Transformation hat tiefgreifende Auswirkungen auf die Wirtschaft. Unternehmen müssen jetzt in die Automatisierung, Künstliche Intelligenz und Industrie 4.0 investieren, um wettbewerbsfähig zu bleiben. Wir stehen vor einem technologischen Paradigmenwechsel. Dies erfordert eine grundlegende Anpassung der Bildungssysteme und eine Förderung von Innovationsprozessen.

Klimawandel

Die Notwendigkeit, den CO₂-Ausstoß zu reduzieren und erneuerbare Energien zu fördern, stellt eine Herausforderung für die deutschen Unternehmen dar. Sie darf nicht zu einem Verlust der internationalen Wettbewerbsfähigkeit führen. Dies erfordert Investitionen in grüne Technologien, den Ausbau der erneuerbaren Energien und die Umstellung auf nachhaltigere Produktionsprozesse. Das Tempo der Dekarbonisierung wird durch das Tempo einer stabilen Energiewende bestimmt.

Struktureller Wandel in traditionellen Industrien

Die traditionell starken Industrien in Deutschland stehen vor tiefgreifenden Veränderungen, da sie sich auf umweltfreundlichere Technologien und Produkte umstellen müssen. Wohlstand muss gerade jetzt auf neue Grundlagen gestellt werden. Dies erfordert beträchtliche Investitionen, eine Gründungsmentalität, einen zukunftsgerichteten Staat und einen gesellschaftlichen Innovationsgeist.

Die Bewältigung dieser Herausforderungen erfordert eine gemeinsame Kraftanstrengung von Politik, Wirtschaft und Verwaltung. Die Möglichkeiten des Staates sind nicht nur verfassungsmäßig begrenzt. Es gilt daher, gesellschaftliche und

privatwirtschaftliche Kräfte zu stärken und zu entfesseln. Die Förderung von Innovation, die transformative Anpassungsfähigkeit der Unternehmen und die Schaffung eines wachstumsfreundlichen Wirtschaftsumfelds sind von entscheidender

Bedeutung. Deutschland hat eine starke mittelständische Wirtschaftstradition und hochqualifizierte Arbeitskräfte, die eine solide Grundlage für die Bewältigung dieser Herausforderungen bieten. Durch mutige Transformation und wieder stärker langfristig ausgerichtete Wirtschaftspolitik, die sich an den ökonomischen Realitäten orientiert und zugleich die Zukunft

strukturell gestaltet, kann Deutschland seine Spitzenposition in einer globalisierten Welt behaupten. Dafür muss die Politik das Herz der deutschen Volkswirtschaft stärken – den Mittelstand. Denn dort findet notwendig Transformation statt und wird Zukunft gestaltet.

Die Grundsätze einer strategischen Wirtschaftspolitik: „Agenda 2025+“

Grundsätzlich ist die soziale Marktwirtschaft als Anker für die demokratische Ordnung und Garant für den gesellschaftlichen Zusammenhalt zu verstehen. Die Agenda 2025+ argumentiert für eine pragmatische und strategische Wirtschaftspolitik, die Zielkonflikte löst, eine langfristige Perspektive schafft und Zukunftsherausforderungen internalisiert. Neue Potenziale für nachhaltiges Wachstum sowie Chancen auf Innovationen und neue Geschäftsmodelle im Zuge der digitalen und ökologischen Transformation können so erschlossen und Verteilungs- und Zielkonflikte mittelfristig überwunden werden.

Die Rückkehr zu einer nachhaltigen Wirtschafts- und Finanzpolitik und einer verlässlichen Industriepolitik ist von entscheidender Bedeutung, denn nur eine langfristig nachhaltige Wirtschaftspolitik kann als effektiv und förderlich betrachtet werden. Diese Nachhaltigkeit erstreckt sich auf ökologische, soziale und wirtschaftliche Aspekte. Es ist ebenfalls wichtig, die Grundlagen für ein neues, nachhaltiges Potenzialwachstum zu schaffen. Sichere Einkommen und gute Arbeitsplätze sind eng mit einer modernen wirtschaftlichen Basis verbunden, die langfristiges Wachstum unterstützt. Im Hinblick auf die Wirtschaft ist es notwendig, mehr Wettbewerb zu fördern, insbesondere angesichts der Tendenz zur Monopolisierung, die durch staatliche Subventionen begünstigt wird. Wettbewerb ist ein entscheidender Treiber für Innovation und der Mittelstand kann unter wettbewerblichen Bedingungen gedeihen. Die

Stärkung offener und fairer globaler Märkte ist von zentraler Bedeutung, da die internationale Arbeitsteilung und die globale Kooperation erheblich zum Wohlstand und Frieden beitragen.

Die Beschleunigung von Transformationsprozessen in den Bereichen Energie und Digitalisierung ist von großer Bedeutung, da diese Veränderungen in Technologie und Industrie unabdingbar sind, um von Anfang an wettbewerbsfähig zu bleiben. Die Stärkung von Bildung und Qualifikation, insbesondere in mittelständischen und handwerklichen Berufen, ist ein Schlüsselaspekt. Dies ist notwendig, um Verteilungsgerechtigkeit und Wohlstand für die gesamte Bevölkerung zu fördern.

Die Potenziale für Kreativität und Innovation in der Gesellschaft sollten gefördert werden. Eine unternehmerische Ausrichtung ist unerlässlich. Eine positive Atmosphäre des Mutes und der Zuversicht ermutigt die Menschen, Maßnahmen zu ergreifen und innovative Ideen zu verfolgen, anstatt untätig zu bleiben.

Schließlich ist es wichtig, marktwirtschaftlichen Entdeckungsprozessen gegenüber staatlicher Anmaßung von Wissen Vorrang zu geben und staatliches Handeln einzusetzen, um diese zu unterstützen. Da die Zukunft unsicher ist und ihre Möglichkeiten uns verborgen sind, können Innovationen und Fortschritte nur durch Risikobereitschaft, Experimentierfreude und kontinuierliches Lernen erschlossen und erweitert werden.

Kernforderung

Handlungsempfehlung

Standortpolitik für den Mittelstand im internationalen Wettbewerb gestalten

- Körperschaftssteuer auf 10 Prozent senken
- „Superabschreibung“ für Investitionen ermöglichen
- Fremd- und Eigenkapital steuerlich gleichwertig behandeln
- Privates (Risiko-)Kapital für die Zukunft mobilisieren
- Institutionellen Rahmen effizient gestalten

Arbeitskräfte- und Produktivitätspotenziale nutzen und ausweiten

- Erwerbstätigkeit von Frauen erleichtern
- Produktivitätspotenziale erschließen und an Lebensphasen anpassen
- Gesteuerte Zuwanderungspolitik umsetzen
- Flexible Arbeitszeitmodelle etablieren
- Proaktive Qualifizierung realisieren

Den globalen Wettbewerb um Technologieführerschaft annehmen, Innovationen fördern und Leitmärkte etablieren

- Digitale Infrastruktur zur internationalen Spitzenposition ausbauen
- Datenrecht und Cybersicherheit unternehmensfreundlich weiterentwickeln
- Start-Ups und Innovation fördern
- Digitale Ressourcen und Kompetenzen fördern
- Regulatorischen Rahmen für Künstliche Intelligenz innovationsfreundlich umsetzen
- Internationale Netzwerke und Kooperationen aufbauen
- Technologietransfer fördern
- Bürokratie für Forschungs- und Entwicklungsprojekte abbauen

Konsistente Energiewende für stabile Transformationspfade implementieren

- Europäischen Binnenmarkt für Strom aufbauen
- Dezentralität als Schlüssel verstehen
- Energieangebot flexibilisieren

Gesellschaftliches Klima für Innovation und Unternehmertum schaffen

- Bildungsinhalte zu Markt und Entrepreneurship stärken
 - Digitale Bildung fördern
 - Programm „Ausbildung 4.0“ etablieren
 - Kooperative Forschung von Unternehmen und Wissenschaft stärker fördern
 - Bedeutung und Wahrnehmung von Unternehmertum in der Öffentlichkeit besser vermitteln
-

Standortpolitik für den Mittelstand im internationalen Wettbewerb gestalten

Wirtschaftspolitik ist immer auch Standortpolitik. Die Rahmenbedingungen eines Wirtschaftsstandorts haben direkten Einfluss auf die Investitionsbereitschaft und die Wettbewerbsfähigkeit einer Volkswirtschaft. Für den Mittelstand sind diese Standortbedingungen ebenso zentral, wie eine offene und global integrierte Wirtschaft. Ein funktionaler Welthandel und die erfolgreiche Positionierung der deutschen Volkswirtschaft ist ein Kernanliegen mittelständischer Unternehmen, die meist lokal produzieren und global denken. Stabile wirtschaftliche Bedingungen, klare Regulierung, schnelle Planungs- und Genehmigungsverfahren und eine funktionale Infrastruktur schaffen ein Umfeld, das Unternehmen am Standort hält, Investitionen aus dem Ausland anzieht und somit Wachstum, Beschäftigung und Wohlstand steigert.

Vergleicht man die Standortbedingungen in Deutschland mit anderen führenden Industrienationen, so fällt das Fazit ernüchternd aus. Unternehmen in Deutschland werden durch Bürokratie, vergleichsweise hohe Steuern und Abgaben und eine enge Regulierung in Ihrem Wachstumspotential gebremst. Ein zentraler Punkt der Agenda 2025+ ist daher der Abbau dieser standortbezogenen Wachstumshürden. So könnten private Investitionen stimuliert, ausländische Direktinvestitionen angeregt und eine zukunftsorientiertes und nachhaltiges Wachstumsklima geschaffen werden. Grundlegend muss dieser Wandel in den Institutionen beginnen. Nur so können die Impulse zur

Überwindung der strukturellen und transformativen Herausforderungen gesetzt werden.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT EMPFIEHLT:

KÖRPERSCHAFTSSTEUER AUF 10 PROZENT SENKEN

Die Senkung der Körperschaftssteuer auf 10 Prozent signalisiert einen deutlichen Schritt zur Förderung der Unternehmensaktivitäten. Diese Maßnahme würde die Wettbewerbsfähigkeit stärken, da Unternehmen steuerlich entlastet werden und so in neue Geschäftsmodelle und Technologien investieren können.

„SUPERABSCHREIBUNG“ FÜR INVESTITIONEN ERMÖGLICHEN

Die Einführung einer „Superabschreibung“ für Investitionen deutet auf einen Anreiz zur Modernisierung und Erweiterung des Kapitalstocks hin. Diese steuerliche Vergünstigung könnte die Innovationsbereitschaft fördern, indem sie Unternehmen ermöglicht, schneller Abschreibungen für bestimmte Investitionen vorzunehmen und somit ihre Liquidität zu erhöhen.

FREMD- UND EIGENKAPITAL STEUERLICH GLEICHWERTIG BEHANDELN

Die vorgesehene gleichwertige steuerliche Behandlung von Fremd- und Eigenkapital zielt darauf ab, eine ausgewogenere

Finanzierungsstruktur zu fördern. Diese Maßnahme könnte die Anreize für Unternehmen ausgleichen, zwischen Fremd- und Eigenkapital zu wählen, und somit eine gesündere finanzielle Basis für langfristiges Wachstum schaffen.

PRIVATES (RISIKO-)KAPITAL FÜR DIE ZUKUNFT MOBILISIEREN

Ziel muss es sein, Unternehmen in und aus Krisen heraus zu mehr Investitionen zu ermuntern. Für die Bewältigung der Herausforderungen wird viel privates Kapital notwendig sein. Positive steuerliche Anreize helfen dabei, dieses für Zukunftsinvestitionen zu mobilisieren. Es braucht eine Stärkung der Finanzierungsmöglichkeiten des Mittelstandes durch Mittelstandsanleihen mit der Diversifizierung von Risikoklassen und Fälligkeiten und einem Schwerpunkt auf langfristige Finanzierung über bis zu 30 Jahre.

Zudem muss der Finanzplatz Deutschland konsequent weiterentwickelt werden, um stabilere Entwicklungs- und Finanzierungsmöglichkeiten vor allem für die Finanzierung der geplanten strukturellen und transformativen Veränderungen zu schaffen, wie z.B. die digitale Transformation, erneuerbare Energie und die Erhöhung der Wettbewerbsfähigkeit.

Arbeitskräfte- und Produktivitätspotenziale nutzen und ausweiten

Der demografische Wandel birgt ohne externe Einflüsse wie Migration und steigende Erwerbsquoten bis 2035 die Gefahr eines Rückgangs des Arbeitskräfteangebots um sieben Millionen Personen. Dieser Abnahme kann durch verschiedene Maßnahmen entgegengewirkt werden. Eine höhere Erwerbsbeteiligung, insbesondere von Älteren und Frauen, könnte bei optimaler Entwicklung bis zu 3,4 Millionen zusätzliche Personen auf dem Arbeitsmarkt bedeuten. Ebenso können positive Zuwanderungssalden mit einem jährlichen Saldo von 330.000 Personen zu einem Zuwachs von 3,7 Millionen führen. Zusätzlich könnten Vollbeschäftigung (plus 1,3 Millionen Personen) und eine präferenzgerechte Ausweitung der Arbeitszeiten (plus 1,4 Millionen Personen in Vollzeitstellen) weitere Potenziale erschließen¹.

Die Aussicht auf eine demografische Schrumpfung des Erwerbspersonenpotenzials bis 2035 lässt sich somit durch erfolgreiche Umsetzung dieser Maßnahmen kompensieren. Dies setzt jedoch voraus, dass Beruf und Familie in der Gesellschaft gut vereinbar sind. Um das Bevölkerungswachstum langfristig zu beeinflussen, sind Faktoren wie umfassende Kinderbetreuungsangebote, partnerschaftliche Aufgabenteilung, flexible Arbeitsmodelle und familienpolitische Unterstützung entscheidend. Planbare Rahmenbedingungen und effektive

INSTITUTIONELLEN RAHMEN EFFIZIENT GESTALTEN

Zu häufig ist der öffentliche Sektor eine Bremse für Innovation. Es gilt daher einen Mentalitätswechsel in den Institutionen anzustoßen. Es ist wichtig, bestehende Vorschriften und Regularien regelmäßig zu überprüfen und zu evaluieren. Überflüssige oder veraltete Vorschriften sollten identifiziert und aufgehoben werden, um unnötige Belastungen für Unternehmen zu vermeiden.

Zudem muss die Koordination und Kommunikation zwischen verschiedenen Behörden verbessert werden, um unnötige bürokratische Redundanzen zu verhindern. Eine effektive Zusammenarbeit erleichtert nicht nur den Informationsaustausch, sondern fördert auch einen reibungslosen Ablauf von Genehmigungsprozessen. Die Einbindung von Unternehmen in den Gesetzgebungsprozess ist unerlässlich, um praxisnahe Lösungen zu finden. Runde Tische, Arbeitsgruppen oder Konsultationen bieten eine Plattform für den direkten Austausch zwischen Wirtschaft und Politik, um gemeinsam effektive Strategien zum Bürokratieabbau zu entwickeln.

Krisenpolitik können ebenfalls die Anzahl der Neugeburten in Deutschland positiv beeinflussen, indem sie Unsicherheiten für junge Familien reduzieren. Insgesamt bedarf es einer ganzheitlichen Strategie, die kurz- und langfristige Aspekte gleichermaßen berücksichtigt.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT EMPFIEHLT:

ERWERBSTÄTIGKEIT VON FRAUEN ERLEICHTERN

Die Förderung von Frauen in der Arbeitswelt erfordert gezielte Maßnahmen wie flexible Arbeitszeitmodelle, familienfreundliche Politiken und gezielte Förderprogramme, um Chancengleichheit zu gewährleisten und Frauen in leitenden Positionen zu stärken. Dazu würde ein gutes Konzept für mobiles Arbeiten einen positiven Beitrag leisten. Dieses sollte beispielsweise eine transparente Regelung von Verantwortung, Kommunikation und Delegation beinhalten. Auch eine steuerliche Begünstigung oder praktikable und rechtssichere Lösungen bei der Arbeitszeiterfassung sind hier von großer Bedeutung.

PRODUKTIVITÄTSPOTENZIALE ERSCHLIESSEN UND AN LEBENSPHASEN ANPASSEN

Die Verlängerung der Lebensarbeitszeit kann durch Anreize, Weiterbildungsangebote und flexible Rentenmodelle erreicht

¹ [Hellwanger et. al. 2022](#)

werden, um die Herausforderungen des demografischen Wandels zu bewältigen und die Nachhaltigkeit der Rentensysteme zu sichern.

GESTEUERTE ZUWANDERUNGSPOLITIK UMSETZEN

Eine gesteuerte Zuwanderungspolitik fördert wirtschaftliche Dynamik und Fachkräftezuwachs. Sie erfordert klare Regelungen, zielgerichtete Integrationsoffensiven und langfristige Perspektiven, um den gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Nutzen zu maximieren. Die Anerkennung von im Ausland erlangten Qualifikationen sollte liberalisiert und beschleunigt werden, da besonders in der mittelständischen Wirtschaft die Betonung mehr auf den Fähigkeiten der Beschäftigten liegt als auf formalen Abschlüssen. Die Anforderung eines anerkannten beruflichen Abschlusses ist die wesentliche Hürde bei der Zuwanderung nach Deutschland. Diese Hürde sollte überprüft werden. Stattdessen sollte in der Folge berufsbegleitend eine systematisch gezielte Qualifizierung und Sprachförderung als umfassende proaktive Serviceleistung angeboten werden. So steigt auch der Beitrag zu einer nachhaltigeren Integrationspolitik. Derzeit können Potenziale von Zugewanderten häufig

nicht hinreichend genutzt werden und viele wandern wieder ab. Damit sind hohe Migrationssalden nachhaltig kaum erreichbar. Ergänzend könnte auch das Recht auf Vollzeit-Kitaplätze, ein gesicherter Aufenthaltsstatus oder der ermöglichte Familiennachzug einen positiven Beitrag leisten.

FLEXIBLE ARBEITSZEITMODELLE ETABLIEREN

Die Einführung flexibler Arbeitszeitmodelle erhöht die Mitarbeiterzufriedenheit und steigert die Produktivität. Dies erfordert klare Vereinbarungen und die Integration moderner Technologien für effizientes Arbeiten.

PROAKTIVE QUALIFIZIERUNGSPOLITIK REALISIEREN

Eine proaktive Qualifizierungspolitik beinhaltet kontinuierliche Weiterbildung, lebenslanges Lernen, Anpassung von Bildungsinhalten an aktuelle Anforderungen des Arbeitsmarktes und gezielte Förderung von Schlüsselkompetenzen, um die Beschäftigungsfähigkeit der Bevölkerung im schnelllebigem Arbeitsumfeld zu sichern. Mit einer Qualifizierungswelle 50+ ließen sich geeignete Tätigkeitsfelder vor allem bei belastenden Berufen für ältere Menschen erschließen.

Den globalen Wettbewerb um Technologieführerschaft annehmen, Innovationen fördern und Leitmärkte etablieren

Die Herausforderung der Technologieführerschaft anzunehmen und Leitmärkte aufzubauen, ist von entscheidender Bedeutung für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung, die Fähigkeit globale Standards zu setzen und darüber internationale Märkte zu erschließen. Dies erfordert eine proaktive Haltung der gesamten Gesellschaft gegenüber technologischen Innovationen und die gezielte Förderung von Schlüsseltechnologien.

Der Wettbewerb um Technologieführerschaft ist in der heutigen globalisierten Wirtschaft intensiver denn je. Um erfolgreich zu sein, müssen Unternehmen und Länder bestrebt sein, sich an der Spitze von Technologieentwicklungen zu positionieren. Dies erfordert nicht nur Forschung und Entwicklung, sondern auch die Schaffung günstiger Rahmenbedingungen für Innovationen und Unternehmertum.

Der Aufbau von Leitmärkten ist eng mit der Technologieführerschaft verbunden. Dies bedeutet, dass ein Land oder ein Unternehmen nicht nur innovative Technologien entwickeln sollte, sondern auch in der Lage sein muss, diese erfolgreich auf dem Markt zu platzieren. Dies erfordert eine klare Strategie, Investitionen sowie eine enge Zusammenarbeit zwischen Unternehmen, Forschungseinrichtungen und der Politik.

Eine weitere politische Priorität muss die digitale Souveränität der Europäischen Union und Deutschlands sein. Souveränität in diesem Sinne bedeutet nicht Protektionismus, sondern Wettbewerbsfähigkeit einer mittelständisch geprägten Digitalwirtschaft und eine hohe Resilienz in einer von zahlreichen geopolitischen Konflikten geprägten Weltwirtschaft.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT EMPFIEHLT:

DIGITALE INFRASTRUKTUR ZUR INTERNATIONALEN SPITZENPOSITION AUSBAUEN

Investitionen in den Ausbau von Breitbandnetzen, insbesondere in ländlichen Gebieten werden benötigt, um einen flächendeckenden Internetzugang sicherzustellen. Darüber hinaus bedarf es der Förderung von 6G-Technologien, Glasfaser und anderen schnellen Internetverbindungen, sowie Anreize für Unternehmen, in den Ausbau digitaler Infrastrukturen zu investieren.

DATENRECHT UND CYBERSICHERHEIT UNTERNEHMENSFREUNDLICH ENTWICKELN

Gesetzen und Vorschriften zum Schutz persönlicher Daten sollten unternehmensfreundlich und bürokratiearm umgesetzt werden. Die Förderung von Forschung und Entwicklung im Bereich Cybersecurity ist ebenso essentiell wie die Schaffung von

Anreize für Unternehmen, robuste Sicherheitsmaßnahmen zu implementieren.

START-UPS UND INNOVATION FÖRDERN

Es braucht Anreize für Technologie-Start-ups, um Innovationen voranzutreiben. Grundlegend ist dabei die Bereitstellung von finanziellen Ressourcen (Risikokapital) und Förderprogrammen für Forschung und Entwicklung im digitalen Sektor. So sollte der „INVEST-Zuschuss“ für Angel-Investitionen gestärkt und ausgebaut werden und die Rahmenbedingungen für den Investitionsbereich von 30 bis 100 Millionen Euro verbessert werden. Ergänzend müssen die bürokratischen Prozesse und die Regulierungen für junge Unternehmen vereinfacht werden. Ziel muss es sein, Risiken als Chancen zu begreifen und innovativen Unternehmerinnen und Unternehmern einen finanziellen und rechtlichen Rahmen zu bieten, damit sie ihre Risikokompetenz unter Beweis stellen können und die Chance auf Veränderung geschaffen wird.

DIGITALE RESSOURCEN UND KOMPETENZEN FÖRDERN

Der Zugang zu digitalen Ressourcen für alle Bevölkerungsgruppen, auch für ältere Menschen und Menschen mit Behinderungen muss gewährleistet werden. Schulungsprogramme, die die digitalen Kompetenzen in der gesamten Bevölkerung verbessern, müssen gefördert werden. Ergänzend braucht es Subventionen oder Anreize für den Erwerb von digitalen Geräten für einkommensschwächere Gruppen.

REGULATORISCHEN RAHMEN FÜR KÜNSTLICHE INTELLIGENZ INNOVATIONSFREUNDLICH UMSETZEN

Die Entwicklung ethischer Leitlinien und Standards für den Einsatz von KI ist zentral. Es braucht klare Vorschriften für die Haftung bei KI-Anwendungen. Die Forschung und Entwicklung im Bereich ethischer KI sollte gefördert werden. Diese

Politikvorschläge sollen dazu beitragen, die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Digitalisierung anzugehen und die Chancen, die sie bietet, bestmöglich zu nutzen. Es ist wichtig zu betonen, dass diese Maßnahmen sorgfältig abgewogen und regelmäßig überprüft werden sollten, um sicherzustellen, dass sie den sich wandelnden Anforderungen und Entwicklungen im digitalen Bereich gerecht werden.

INTERNATIONALE NETZWERKE UND KOOPERATIONEN AUFBAUEN

Die Politik sollte den Mittelstand dabei unterstützen, branchenübergreifende Netzwerke und Kooperationen zu etablieren. Dies fördert den Austausch von Erfahrungen, Ressourcen und Know-how, um gemeinsam Technologieführerschaft zu erreichen. Die Politik sollte zudem Anreize schaffen, um internationale Partnerschaften und den Austausch von Technologien zu erleichtern. Dies ermöglicht mittelständischen Unternehmen den Zugang zu globalen Märkten und fördert die Positionierung auf internationalen Leitmärkten.

TECHNOLOGIETRANSFER FÖRDERN

Ein effektiver Technologietransfer zwischen Forschungseinrichtungen und mittelständischen Unternehmen sollte durch gezielte Förderprogramme erleichtert werden. Dies ermöglicht eine schnellere Integration von innovativen Technologien in die mittelständische Wirtschaft.

BÜROKRATIE FÜR FORSCHUNGS- UND ENTWICKLUNGSPROJEKTE ABBAUEN

Um den Mittelstand bei Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten zu entlasten, sollten bürokratische Hürden minimiert werden. Vereinfachte Antragsverfahren und transparente Regelungen erleichtern den Unternehmen den Zugang zu Ressourcen für technologische Innovationen. Die durchgehende Digitalisierung der Verwaltung ist dafür unerlässlich und sollte schnellstmöglich vollendet werden.

Konsistente Energiewende für stabile Transformationspfade implementieren

Eine international wettbewerbsfähige Volkswirtschaft braucht niedrige Energiepreise. Das gilt insbesondere für die exportorientierte Wirtschaft in Deutschland, die sich im Vergleich mit anderen Produktionsstandorten behaupten muss. Der Abstieg des deutschen Standorts in einschlägigen Rankings infolge der gestiegenen Energiepreise kann dafür als hinreichender Beleg gesehen werden.

Um eine langfristige, kostengünstige Energieversorgung für deutsche Unternehmen zu gewährleisten, muss das Energieangebot ausgeweitet werden. Je höher das Energieangebot,

desto geringer werden die Energiepreise sein. Ziel muss es sein, einen stabilen Transformationspfad in der Energiepolitik zu schaffen. Das schließt den Netzausbau, die Entwicklung von Speichertechnologien und ein effizientes Strommarktdesign ein. Um eine stabile Versorgung zu gewährleisten, sollten in allen Bereichen die Lieferketten diversifiziert werden. Eine erneute Abhängigkeit von einem oder wenigen Staaten sollte und darf sich der deutsche Standort nicht leisten. Das gilt für die Produktion der erforderlichen Technologien wie auch die Installationen im Bereich der erneuerbaren Energien sowie für die zukünftigen Lieferanten von LNG oder Wasserstoff. So

lassen sich Wirtschaftskrisen durch Einbrüche des Energieangebots vermeiden.

Die Energieversorgung der Zukunft braucht zudem unternehmerische Freiräume. Verfahren zur Installation und Innovation in den verschiedenen Energiesektoren müssen entbürokratisiert werden. Der Staat darf seinem Ziel einer stabilen und günstigen Energieversorgung nicht durch eigene Auflagen im Wege stehen. Am Ende werden die Fortschritte in der Dekarbonisierung vom Tempo einer stabilen Energiewende definiert.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT EMPFIEHLT:

EUROPÄISCHEN BINNENMARKT FÜR STROM AUFBAUEN

Ein dynamischer, europäischer CO₂-Preis, der fossile Energien maßvoll verteuert und erneuerbare Energien relativ vergünstigt, wäre ein marktkonformes Instrument zur Bewältigung der Energiewende. Wenn die bislang externalisierten Kosten bei der fossilen Energieerzeugung eingepreist werden, führen die gestiegenen Preise zu veränderten Kaufentscheidungen. Zudem würde der CO₂-Preis die verbleibenden Emissionen effizient allokalieren, weil diejenigen den Preis noch zahlen würden, für die es sich am meisten lohnt. Die Energiewende würde mittels „ehrlicher“ Preise durchgesetzt werden und ohne planwirtschaftliche Eingriffe auskommen.

DEZENTRALITÄT ALS SCHLÜSSEL VERSTEHEN

Dezentralität als Schlüssel bezieht sich auf die Idee, die Energieerzeugung und -verteilung auf verschiedene lokale oder

regionale Einheiten zu verteilen, anstatt sie zentralisiert zu kontrollieren. Dieses Konzept hat mehrere potenzielle Vorteile: Dezentrale Energieerzeugung kann die Robustheit des Energieversorgungssystems erhöhen. Lokale Energiequellen, wie erneuerbare Energien, reduzieren die Abhängigkeit von zentralisierten Energiequellen und minimieren die Auswirkungen von Störungen oder Ausfällen in einem bestimmten Bereich. Dezentrale Systeme reduzieren die Notwendigkeit langer Übertragungsleitungen und minimieren somit Verluste aufgrund von Widerstand und anderen Faktoren. Unterschiedliche Regionen haben unterschiedliche Energiebedürfnisse und Ressourcen. Dezentrale Energiepolitik ermöglicht es, die Energieproduktion besser an die spezifischen Bedürfnisse und Ressourcen einzelner Gebiete anzupassen.

ENERGIEANGEBOT FLEXIBILISIEREN

Implementierung politischer Maßnahmen zur gezielten Förderung und Entwicklung von Energiespeichertechnologien, um den Überschuss an erneuerbaren Energien effizient zu speichern und bei Bedarf abzurufen. Beschleunigter Ausbau und Modernisierung des Stromnetzes, um die Übertragung von erneuerbaren Energien von Produktionsstätten zu Verbrauchszentren zu erleichtern und Engpässe zu minimieren. Einführung von Anreizen und finanzieller Unterstützung für Forschung und Entwicklung neuer Technologien im Bereich erneuerbarer Energien, um deren Integration und Nutzung zu verbessern. Schaffung von flexiblen Mechanismen im Energiemarkt, die eine dynamische Anpassung der Stromproduktion an die Nachfrage ermöglichen und so Überkapazitäten vermeiden.

Gesellschaftliches Klima für Innovation und Unternehmertum schaffen

Eine soziale Marktwirtschaft lebt von der Anstrengung und vom Optimismus. Sie benötigt dafür ein entsprechendes gesellschaftliches Klima, eines, das produktiv und innovativ mit Veränderung umgeht. Veränderung wiederum braucht Unternehmerpersönlichkeiten. Das Image des Unternehmertums hat in den letzten Jahrzehnten stark gelitten. Das macht sich unter anderem daran bemerkbar, dass immer mehr wettbewerbsfähige Unternehmen im Mittelstand weder innerhalb noch außerhalb der Familie Nachfolger finden. Unternehmen beenden ihre Geschäftstätigkeit und Arbeitsplätze gehen verloren, nicht weil ineffizient gewirtschaftet wurde, sondern weil sich niemand findet, der das unternehmerische Risiko übernehmen möchte. Ebenfalls leidet darunter die Wahrscheinlichkeit, dass frische Köpfe neue Unternehmen gründen.

Laut Gründungsmonitor 2023 der KfW hat sich die Anzahl der Existenzgründer im Jahr 2022 auf 550.000 reduziert. Das ist ein Verlust von 9 Prozent gegenüber 2021 und im Vergleich zu vergangenen Jahren eine Halbierung (2010: 938.000) bzw. ein

Verlust von fast zwei Dritteln (2002: 1.461.000). Der kurzfristige Verlust dürfte der Konjunktur geschuldet sein. Der Rückgang über die lange Frist sollte allerdings durch eine Stärkung des Unternehmerleitbilds in Deutschland adressiert werden. Würden junge Menschen bereits in der Schule mit dem Unternehmertum vertraut gemacht werden, könnten sich Hemmungen lösen. In Schulfächern wie Wirtschaft oder entsprechenden AGs für Interessierte könnte Schülern und Schülerinnen ein umfassendes Bild vom Unternehmertum vermittelt werden.

Zur Bewältigung der anstehenden Transformationen sind Innovationen vonnöten. Doch gerade in Deutschland, dem Herkunftsland vieler Innovationen, macht sich zunehmend ein negatives Bild vom Unternehmertum und eine Marktskepsis breit. Es bedarf eines offenen Umgangs mit Risiken und kurzfristig auch potenziellem Scheitern, um Gewinne, die in guten Zeiten anfallen, zu rechtfertigen. Dementsprechend muss die Vermittlung einer gesunden Fehlerkultur Teil einer Kampagne zur Stärkung des Unternehmerleitbilds sein. Dabei sollte das

Unternehmerleitbild moralische Aspekte und ein soziales Wertesystem reflektieren.

Das negative Bild vom Unternehmertum basiert aber auch auf der realen bürokratischen Überlastung im Gründungsprozess. Dem Gründungsmonitor 2023 der KfW zufolge ist die Bürokratie in Deutschland das von Gründern meistgenannte Hemmnis für die Gründung eines Unternehmens². Wenn sich zum negativen Image der Unternehmer noch reale Belastungen durch die Erfüllung von Auflagen gesellen, verstärkt sich die Ablehnung der Übernahme unternehmerischer Verantwortung bei jungen Menschen zusätzlich. Somit handelt es sich nicht nur um ein kulturelles, sondern auch um ein praktisches Problem in der Umsetzung von Gründungsplänen. Investitionen in Bildung sind zentral für die Steigerung des Produktivitätswachstums und Risikokompetenz ein entscheidendes Gut für unternehmerische Tätigkeit und die Entwicklung erfolgreicher und innovativer Geschäftsmodelle. Diese Wachstumshebel sollten im Sinne der Zukunftsfähigkeit des Wirtschaftsstandorts Deutschland genutzt werden.

DER WISSENSCHAFTLICHE BEIRAT EMPFIEHLT:

BILDUNGSINHALTE ZU MARKT UND ENTREPRENEURSHIP STÄRKEN

Entwicklung und Einführung von innovativen und altersgerechten Lehrmodulen zum unternehmerischen Denken und Handeln (UDH) für alle Schulformen (Primär- und Sekundarschule). Integration volks- und marktwirtschaftlicher Grundkenntnisse in den Lehrplan, um das Verständnis für marktwirtschaftliche Prozesse zu fördern. Verpflichtende Teilnahme an einem UDH-/Entrepreneurship Education-Modul während der Lehrerbildung. Allgemeine Betonung der Entrepreneurial Education, um das Verständnis für unternehmerisches Denken und Handeln zu fördern. Stärker Berücksichtigung berufspraktischer

Schlusswort

Wohlstand und Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands stehen an einem Wendepunkt. Es reicht nicht mehr, den gegenwärtigen Zustand zu verwalten. Es geht um die grundlegende Erneuerung der strukturellen Basis und die Beschleunigung transformativer Prozesse. Darüber hinaus geht aber auch um die Stärkung breiter gesellschaftlicher Potenziale. Mittelstand und Unternehmertum sind dabei unverzichtbare Elemente für eine zukunftsfähige und chancenorientierte Gesellschaft. Sie fördern nicht nur wirtschaftliche Prosperität, sondern bieten individuelle Möglichkeiten zur Entfaltung von Potentialen und tragen zur Schaffung einer lebendigen und innovationsgetriebenen Wirtschaft sowie einer stabilen demokratischen Ordnung bei.

Belange (Handwerk, Handel) zur Verbesserung der Chancen von Jugendlichen aus bildungsfernen Familien

DIGITALE BILDUNG FÖRDERN

Implementierung von digitalen Lehrplänen und Ressourcen in allen Bildungseinrichtungen. Schulungen für Lehrer und Bildungspersonal, um digitale Tools effektiv in den Unterricht zu integrieren. Förderung von Partnerschaften zwischen (Berufs-)Schulen.

PROGRAMM „AUSBILDUNG 4.0“ ETABLIEREN

Fokus auf die Modernisierung von Kompetenzprofilen in der Ausbildung. Integration von Digitalisierung in Berufsschulen. Unterstützung kleiner und mittlerer Unternehmen (KMU) bei der Digitalisierung und Implementierung von Ausbildungskonzepten.

KOOPERATIVE FORSCHUNG VON UNTERNEHMEN UND WISSENSCHAFT STÄRKER FÖRDERN

Politik sollte das Bildungssystem an die Anforderungen der digitalen Ära anpassen, um qualifizierte Arbeitskräfte für zukunftsweisende Technologien zu schaffen. Die Förderung von STEM-Fächern (Naturwissenschaften, Technik, Ingenieurwissenschaften, Mathematik) und praxisorientierten Ausbildungen ist entscheidend. Zudem sollten mehr Kooperationen zwischen Forschungseinrichtungen und innovativen Unternehmen eingegangen werden, um praxisorientierte Forschung zu begünstigen.

BEDEUTUNG UND WAHRNEHMUNG VON UNTERNEHMERTUM IN DER ÖFFENTLICHKEIT BESSER VERMITTELN

Erhöhte Aufmerksamkeit für Mittelstand und Familienunternehmen in Bildung, Politik und Medien. Es gilt, das gesellschaftliche Bild von Unternehmerinnen und Unternehmern zu stärken und die Bedeutung von Unternehmertum für Wirtschaft und Gesellschaft zu vermitteln.

Die Agenda 2025+ beschreibt einen konkreten Rahmen für Erneuerung und Fortschritt. Es sollen Potenziale geschaffen und Chancen genutzt werden. Wir sollten diesen Wandel nicht als Last und Bedrohung verstehen, sondern als Chance begreifen, unsere strukturellen Hemmnisse zu überwinden und transformative Prozesse proaktiv anzustoßen. In Zeiten großer geopolitischer, struktureller und gesellschaftlicher Unsicherheiten sollten wir uns auf unternehmerisches Handeln, strategisches Denken, und den gesellschaftlichen Mut zur Veränderung besinnen. Davon hat Deutschland immer noch jede Menge. Es ist aber höchste Zeit, sie auch zu nutzen.

2 [KfW-Gründungsmonitor 2023](#)

Wissenschaftlicher Beirat - BVMW DE

ANSPRECHPARTNER:

Prof. Dr. Henning Vöpel
Vorsitzender des Wissenschaftlichen Beirats des BVMW
Vorstand (CEO) sop | Stiftung Ordnungspolitik
Direktor (Director) cep | Centrum für Europäische Politik

Kaiser-Joseph-Straße 266 | 79098 Freiburg
Schiffbauerdamm 40 | 10117 Berlin

Tel.: +49 761 38693-140
Fax: +49 761 38693-111

voepel@cep.eu | www.cep.eu

Der Mittelstand. BVMW e.V.
Bereich Volkswirtschaft

Potsdamer Straße 7
10785 Berlin

Telefon: +49 30 533206-0
Telefax: +49 30 533206-50

volkswirtschaft@bvmw.de | www.bvmw.de
Social Media: @BVMWeV